

prägnant 18

JULI 2022

22. DGB-BUNDESKONGRESS:



IG Metall-Delegation auf dem 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongress

NEUE DGB-VORSITZENDE
UND KONGRESS SENDEN SIGNAL
DER EINHEIT. DIE ENTWICKLUNG
OSTDEUTSCHLANDS BLEIBT
AUF DER AGENDA.

„Zukunft gestalten wir“. Das war das Motto des 22. Parlaments der Arbeit. Der DGB- Bundeskongress ist das höchste Organ des DGB auf Bundesebene. Alle vier Jahre wählen dort 400 Delegierte der DGB-Gewerkschaften den geschäftsführenden Bundesvorstand und fassen grundlegende Beschlüsse für die Arbeit der kommenden Jahre. Die IG Metall stellte mit über 140 Delegierten die größte Delegation.

Unter dem allgegenwärtigen Eindruck des Krieges in der Ukraine wurden dabei vom 8. bis zum 12. Mai 2022 auch zahlreiche wirtschafts- und strukturpolitische Themen diskutiert. Fragen einer gelingenden sozial-ökologischen Transformation standen genauso im Mittelpunkt sowie die Frage, wie die Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung als eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit gelingen kann.



IG Metall-Delegation des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen mit dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann

Die Antragsberatung und die durch den Kongress beschlossenen Anträge stellten auf dem DGB-Kongress die Weichen für die gewerkschaftliche Politik der kommenden vier Jahre. „In den kommenden Jahren werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sich gemeinsam für Gute Arbeit in einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaft und ein modernes, gerechtes und zukunftsfähiges Gemeinwesen einsetzen.“ So umschreibt der **Leitantrag „Transformation gerecht gestalten, in die Zukunft investieren“** die grundlegenden Ziele der DGB Gewerkschaften.

Klimawandel, instabile globale Lieferketten und einseitige Abhängigkeiten bei Energielieferungen sollen geprüft und gegebenenfalls abgestellt werden: „Die notwendige Reduktion der CO₂-Emissionen führt zu einem umfassenden Umbau insbesondere in Deutschlands Schlüsselindustrien.

Die Folgen des Krieges in der Ukraine für die globalen Wirtschaftsbeziehungen und -entwicklungen sind derzeit kaum absehbar. Sicher ist aber, dass der Krieg Deutschland und Europa vor die Herausforderung stellt, Abhängigkeiten bei Lieferketten und der Energieversorgung zu überwinden und Antworten auf viele offene Fragen hinsichtlich künftiger Handelsbeziehungen mit Russland zu entwickeln.“

Auch die Frage, welche Schlüsselindustrien in Deutschland und in Europa geschützt und aufgebaut werden müssen, um sich unabhängiger von volatilen globalen Lieferketten zu machen, beschäftigte die Delegierten des DGB-Bundeskongresses:

„Der Anspruch einer aktiven Wirtschaftspolitik muss sein, Wertschöpfungsketten in Deutschland und in Europa zu sichern und bei Zukunftstechnologien aufzubauen, sowie kritische Infrastrukturen zu schützen. So können Lieferketten in Krisenzeiten stabilisiert, Innovationsführerschaft gesichert und zukunftsfähige Arbeitsplätze auch unter Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten werden. Wir müssen konkret diskutieren, welche Wertschöpfungsstufen in Europa auch aus strategischen Gründen bestehen sollen und dann entsprechend handeln.“

Wie die Transformation in den kommenden Jahren gestaltet werden soll und welche zentralen Forderungen die deutschen Gewerkschaften erheben, wurde auf dem DGB-Kongress klar beantwortet: „In der Transformation muss es darum gehen, gute, mitbestimmte und zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine starke Tarifbindung in einer humanen und geschlechtergerechten Arbeitswelt anstelle von Ausbeutung, Billigjobs und Niedriglöhnen ins Zentrum der Debatte zu rücken. Es wird darauf ankommen, den Erhalt und die Entwicklung innovativer Wertschöpfungsketten voranzutreiben. Das reicht von der energieintensiven Grundstoffindustrie über das verarbeitende Gewerbe bis hin zum Handwerk und den vielfältigen Dienstleistungsbranchen. Innovationen sollen nicht nur hier entwickelt, sondern auch bei uns umgesetzt werden.“

Auch im Bereich einer proaktiven Strukturpolitik stellte der DGB-Kongress in der Antragsberatung und in den Beschlüssen die Weichen auf Zukunft: „Mit strukturpolitischen Initiativen haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bereits in der Vergangenheit wichtige Grundlagen für eine beschäftigungsorientierte Gestaltung der Transformation vor Ort gelegt – etwa in der Industrie- und Mobilitätspolitik oder bei der Strukturentwicklung der Kohlereviere. Diese Initiativen sollen verstetigt und ausgeweitet werden. Auch künftig werden wir vor Ort mit betrieblichen Akteur*innen und Politik zusammenarbeiten, um ganz konkrete Projekte einer wirkungsvollen Strukturpolitik auf die Beine zu stellen. Wir werden Taktgeber*innen des Wandels sein und die

Transformation gestalten – mit modernen Tarifverträgen, aktiver Mitbestimmung, mit der Macht der Solidarität und klaren Botschaften an die Politik: Wo der Strukturwandel bisherige Tätigkeiten verdrängt, müssen neue, gleichwertige und mitbestimmte Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir setzen uns ein für Beschäftigungsgarantien und gute Perspektiven für Kolleg*innen in betroffenen Branchen und für mehr zukunftsfähige Aus- und Weiterbildung.“

Um Defizite einzelner Regionen halbwegs auszugleichen, sollte regionale Strukturpolitik stärker vorbeugend ausgestaltet werden. Bisher setzte die Strukturförderung erst dann ein, wenn die Strukturberichterstattung anzeigt, dass eine Region abgerutscht ist. Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen der Transformation muss diese „Rückwärtsgewandtheit“ strukturpolitischer Maßnahmen überwunden werden. Dies hat der DGB-Kongress aufgegriffen: „Mit einer aktiven Struktur-, Handwerks-, Industrie-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarktpolitik muss Transformation rechtzeitig dort gestaltet werden, wo sie stattfindet: in den jeweiligen Regionen. Dabei ist es entscheidend, die Gestaltung zu beginnen, bevor Umbrüche zu Strukturbrüchen führen. Das neu gefasste „gesamtdeutsche Fördersystem“ muss proaktiver ausgestaltet werden, damit Regionen nicht erst dann gefördert werden können, wenn sie wirtschaftlich, politisch und demografisch ins Abseits geraten.“

Auch im Bereich der Digitalisierung fasste der Kongress wichtige Beschlüsse. So forderte der DGB-Kongress die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens, „der einen fairen Wettbewerb analoger und digitaler Geschäftsmodelle sicherstellt, für qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen sorgt, sowie Gute Arbeit und eine nachhaltige Entwicklung fördert. Insbesondere muss verhindert werden, dass digitale Plattformen zum Einfallstor für unregulierte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden. Darüber hinaus müssen Beschäftigte Zugang zu entsprechender Qualifizierung bekommen, um die Digitalisierung mitgestalten zu können. Für künftige Wertschöpfung sind digitale Ökosysteme von hoher Relevanz. Damit sie be- und entstehen, müssen Infrastrukturmaßnahmen breiter, das heißt zum Beispiel über einen reinen Netzausbau hinaus, angegangen werden. Hier geht es beispielsweise um sichere Infrastrukturen für das Verarbeiten und Austauschen von Daten sowie eine entsprechende Förderpolitik mit zielgerichteten Strukturen und industriepolitischen Instrumenten.“

Darüber hinaus solle die digitale Infrastruktur ausgebaut werden, auch um dadurch zu einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens (durch mehr Homeoffice) zu kommen.

„Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist zudem eine Voraussetzung, um digital basierte Mobilitätsservices in das öffentliche Mobilitätsangebot sinnvoll einzubinden und regionale Unterschiede abzubauen. Wir überlassen es nicht dem Markt, wo vernetzte und elektrifizierte Mobilitätsangebote entstehen.“

Gestörte Lieferketten durch die Pandemie und den Ukraine-Russland-Krieg haben auf dem DGB Kongress in zahlreichen Debattenbeiträgen und in den dazugehörigen Anträgen ihren Wiederhall gefunden: „Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie störungsanfällig bestehende Lieferketten in Zeiten globaler Arbeitsteilung sind. Im Sinne einer höheren Resilienz der Wirtschaft braucht es Strategien für die Diversifizierung von Lieferbeziehungen sowie mehr Anreize für innovative Produktionsweisen, um europäische Standorte und Beschäftigung krisenfest zu gestalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Stärkung und Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft ein wichtiger Hebel. Kreislaufwirtschaft ist nicht nur ökologisch notwendig, sondern für ein rohstoffarmes Land auch wirtschaftlich geboten. Denn neben einem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet eine Kreislaufwirtschaft auch einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit Rohstoffen.“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern: eine Industriestrategie, die einen Rahmen für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Industrie setzt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Produktionsstandorts Deutschland stärkt, weitgehend geschlossene Wertschöpfungsketten und hochwertige Arbeitsplätze in der Industrie fördert und innovative und klimaneutrale Technologien voranbringt.“



Der Stabwechsel an der Spitze des DGB:
Auf Reiner Hoffmann folgt Yasmin Fahimi.



Yasmin Fahimi ist die erste Frau an der Spitze des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf dem 22. DGB-Bundeskongress in Berlin wurde sie mit 93,23 Prozent der Stimmen zur DGB-Vorsitzenden gewählt worden. Die übrigen DGB Vorstandsmitglieder (Elke Hannack, Anja Piel und Stefan Körzell) wurden durch die Delegierten überzeugend in ihren Ämtern bestätigt.

Der DGB-Kongress bekannte sich auch zur weiteren **strukturellen Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer:**

„Auch zwischen Ost und West herrschen nach wie vor strukturelle Unterschiede. Vom grundgesetzlichen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist unser Land noch weit entfernt.“

„Dafür und zum Ausgleich bestehender Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land und strukturschwachen und Boom-Regionen im Allgemeinen braucht es neben einer starken Arbeitsmarktpolitik eine aktive regionale Strukturpolitik – finanziell unterstützt von Bund, Ländern und Europäischer Union.“

Diese Positionierung des DGB-Kongresses stärkt die Haltung der IG Metall in den ostdeutschen Bundesländern, da wir seit einiger Zeit denjenigen Stimmen in Politik und Öffentlichkeit entgegentreten, die das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse aufgeben wollen. Wir bleiben dabei: Eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge auf dem Land und in den Städten, in Ost und West muss durch den Staat weiterhin sichergestellt werden.

„Ziel bleibt es auch nach über 30 Jahren Deutsche Einheit, dass nach Auslaufen des Solidarpakts weiterhin ausreichend Finanzmittel in die ostdeutschen Bundesländer fließen. Hiermit müssen wichtige Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und in die Daseinsvorsorge getätigt werden. Ostdeutschland muss weiter aufholen, denn

noch immer liegt die ostdeutsche Wirtschaftskraft deutlich hinter der westdeutschen, die Arbeitsbedingungen, Löhne und Renten sind niedriger. Und noch immer bestehen tiefe strukturelle und soziale Probleme.“

Auch jenseits des DGB-Kongresses fand die Entwicklung Ostdeutschlands zuletzt wieder verstärkte Aufmerksamkeit:

Am 13. Juni 2022 trafen sich die ostdeutschen Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz. In ihrer Riemser Erklärung betonten die Regierungschefs, dass der Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West sowie Stadt und Land eine Daueraufgabe bleibe. Hierbei hänge die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands zunehmend von der Verfügbarkeit benötigter Fachkräfte ab.

Deswegen vereinbarten Bundeskanzler Scholz und die ostdeutschen Regierungschefs in ihrer Riemser Erklärung die Einberufung eines Fachkräftegipfels Ostdeutschland noch in diesem Jahr. Neben dem Ausbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, der Erhöhung der Tarifbindung und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie einer Wasserstoffinfrastruktur in Ostdeutschland stand die Frage einer zukünftigen Substitution von russischer Energie durch alternative Energiebezugsquellen im Mittelpunkt. Die PCK-Raffinerie in Schwedt sowie die Raffinerie Leuna sind für die ostdeutsche Versorgung mit Kraftstoffen und Heizöl unerlässlich. Zum Jahresende 2022 wird der Bezug russischen Erdöls eingestellt. Die Regierungschefs der Ostländer und Kanzler Scholz wollen schnellstmöglich die Versorgung Schwedts und Leunas mit anderweitigem Öl sicherstellen. Dabei kommt den Seehäfen Rostock und Lubmin eine zentrale Rolle zu.

Viele Herausforderungen der Zukunft sind in ganz Deutschland, aber besonders auch im Osten zu meistern. Sowohl die Regierungschefs der ostdeutschen Länder als auch der DGB-Kongress haben sich diesen Fragen gewidmet. Die Delegierten des 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses haben die Herausforderungen beschrieben und die künftige Politik ihres Dachverbands beschlossen und ein deutliches Signal der Geschlossenheit gesendet: „Wir erheben unseren gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch, um mit Tarifvertrag und Mitbestimmung für bessere Arbeitsbedingungen sowie eine zukunftsorientierte und sinnstiftende Arbeit für die Beschäftigten zu sorgen.“

Eine hohe Tarifbindung und starke Mitbestimmung sind Ausdruck einer demokratischen Wirtschafts- und Arbeitswelt. Die Politik muss die rechtlichen Leitplanken setzen, um Tarifverträgen wieder flächendeckend zur Geltung zu verhelfen. Auch die Mitbestimmung muss an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.